Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 59 (1980)
Heft: 2

Artikel: Heilsame Ernüchterung
Autor: Lienhard, Richard
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-347675

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 17.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Profil

Richard Lienhard

Heilsame Ernüchterung

> «Kann man sich irgendeine Regierung in der Welt vorstellen, die eine andere einlädt, Truppen auf ihr eigenes Gebiet zu schicken, nur damit sie selbst gestürzt werde?»
>
> *Chen Chu,*
> chinesischer UN-Botschafter,
> zum sowjetischen Einmarsch in Afghanistan

Der Einmarsch der Roten Armee in Afghanistan bedeutet nichts anderes als einen Akt zynischer Aggressionspolitik. Damit wurde mit einem Schlag zerstört, was in den siebziger Jahren im Interesse der Entspannung geleistet worden ist.

Diese verhängnisvolle Wende in der west-östlichen Entspannungspolitik dürfte auch für manchen sozialdemokratischen Politiker desillusionierend wirken. So hatte *Herbert Wehner* noch vor wenigen Monaten in aller Öffentlichkeit behauptet, die sowjetische Rüstung habe lediglich defensiven Charakter. Damit fand er sofort den Beifall der am linken Parteiflügel operierenden Genossen, die seit Jahr und Tag gegen jede Rüstungsanstrengung des Westens polemisierten und jedermann, der auch nur andeutungsweise auf die Gefahren sowjetischer Aggressionspolitik aufmerksam machte, als kalten Krieger denunzierten. Noch am letzten SPD-Parteitag von anfangs Dezember 1979 stellte sich immerhin ein Fünftel der Delegierten unter Führung von Erhard Eppler gegen jeden Versuch der NATO, der Aggressionspolitik der Sowjetunion wirksam entgegenzutreten. Dem Realitätssinn einer Mehrheit von Parteidelegierten unter Führung von *Helmut Schmidt* war es zu verdanken, dass ein weiterer Schritt auf dem Wege zur Politik der Selbsttäuschung und der Illusionen vermieden werden konnte.

Nachdem die Sowjetunion kaltblütig den Rubikon überschritten hat, ist es im Lager der Illusionisten auffallend ruhig geworden. Fraglich bleibt allein, ob diese Ernüchterung nur so lange anhält, bis der Pulverdampf der sowjetischen Kriegsmaschinerie sich für einmal wieder verzogen hat. Wie stark ist doch der Trend zur Vergesslichkeit und zur Politik der «Ruhe um jeden Preis». Gerade auf diese Karte setzen die zynischen Vertreter der Aggressionspolitik.

Man sollte eigentlich meinen, es liesse sich einiges aus der Geschichte lernen. Da lebt für die Vertreter der ältern Generation noch in Erinnerung, was die Jungen nicht aus eigener Erfahrung wissen können. Die Aggressionspolitik Hitlers zeigte durchaus ähnliche Züge wie diejenige der Kreml-Herrscher. Auch Hitler hatte stets den Willen zur Entspannung und zum Frieden betont, und es fanden sich immer genug politische Wirrköpfe, die darauf hereinfielen und übersahen, dass mit Friede immer nur der nazideutsche Friede gemeint war und dass eine ernsthafte Entspannungspolitik den gemeinsamen guten Willen *aller* Partner voraussetzt.

Sicherlich gibt es einen Unterschied zwischen Hitlers Eroberungsstrategie und der sowjetrussischen Expansionspolitik. Nicht ein Vabanquespieler von der Sorte Hitlers, nicht ein Krieger deutscher Romantik sitzt da am Schalthebel des Militärapparates, sondern der nüchterne und kaltblütige Realpolitiker mit Augenmass, der mit langem Atem zuwarten kann, bis die Stunde des Zuschlagens gekommen ist. Unbestritten ist denn auch, dass die Besetzung Afghanistans ein Glanzstück moderner Blitzkriegsführung darstellt.

Dieser Gewaltstreich darf nicht ohne nachhaltige Reaktion bleiben. Andernfalls würden die «roten Zaren» geradezu eingeladen, sich sobald als möglich anderswo zu bedienen. *Nichts reizt den Aggressor mehr als Schwäche.* Das hat uns die Geschichte des Tausendjährigen Reichs mit aller Deutlichkeit vordemonstriert. Wer heute schweigt, kommt morgen selber dran. Darum sollte es nun mit der Politik der blossen Duldung vorbei sein. Entschlossenheit zum Widerstand kann aber nicht nur verbal geäussert werden. Unverzichtbar ist die Bereitstellung der notwendigen militärischen Machtinstrumente. Sie allein beeindrucken den Aggressor. Das wird von den Tauben der Sozialdemokratie allzu gerne übersehen.

Dies will freilich nicht besagen, dass damit die vielfältigen Kontakte zwischen West und Ost abgebrochen werden sollen. Selbstverständlich darf nichts unversucht bleiben, sich immer wieder um Entspannungspolitik zu bemühen; denn zu ihr gibt es keine Alternative. Aber nur wer wirtschaftlich und militärisch stark genug ist, den Sowjets Paroli zu bieten, hat am ehesten Aussicht, realistische Entspannungspolitik zu betreiben.

Glücklicherweise steht an der Spitze der bundesdeutschen Regierung *Helmut Schmidt* und damit ein Mann, der dank seines Realitätssinns auch mit der Macht umzugehen versteht (was leider nie die Stärke der deutschen Sozialdemokratie war). Gerade deshalb kann er es sich leisten, auch für eine bedachte Reaktion auf die östliche Herausforderung zu plädieren. Er verbindet eine starke Haltung mit der Flexibilität, für konstruktive Gespräche mit dem Osten offen zu bleiben. Mit Recht tritt er auch für eine Dosierung der Sanktionen gegen die Sowjetunion ein. Die schwersten davon müssten aufgespart werden für eine Zeit, da sich die Herrscher im Kreml nicht mehr verhandlungsbereit zeigen sollten.

Die Invasion in Afghanistan erinnert nicht nur an die Geschichte, die

zum Zweiten Weltkrieg führte. Eindrücklich gemahnt wird man da auch an den Nachlass des jung verstorbenen englischen Sozialisten *George Orwell*. Dieser hervorragende Publizist hat in einem mittlerweile zu einem klassischen Werk gewordenen Zukunftsroman «1984» die Verlogenheit der autoritären Regimes aller Richtungen zutreffend charakterisiert. Vor allem hat er auf die Unehrlichkeit ihrer Sprache hingewiesen, auf den ständigen Versuch, etwa den wahren Sinn eines Schlüsselworts ins Gegenteil zu verkehren. Krieg heisst nach der Sprachregelung des diktatorischen Regimes Friede, Tyrannei nennt man Freiheit. Für Hitler war Churchill der Kriegstreiber. Der in London lebende russische Schriftsteller *Alex Ginsburg* schrieb kürzlich, die Sowjets würden, wenn sie könnten, das Weisse Haus in Washington umzingeln, um zuhause zu erklären: «Wir müssen das Weisse Haus angreifen, um uns dagegen zu verteidigen» ... Orwells visionäre Brandmarkung der totalitären Regimes hat damals vielen Menschen die Augen geöffnet. Mir will jedoch scheinen, dass vieles vom Nachlass Orwells allzu rasch in Vergessenheit geraten ist.

So gehörte es auch hierzulande in Kreisen gewisser Intellektueller lange genug zum guten Ton, bei jeder Gelegenheit die Bundesrepublik Deutschland schlechtzumachen und jeden festgestellten neofaschistischen Floh als Elefanten zu verkaufen. Wenn die von der Sozialdemokratie geführte Bundesrepublik Deutschland in Erinnerung an die Versäumnisse der Weimarer Republik sich rechtzeitig gegen die Feinde der Demokratie zur Wehr setzt, so verdient sie unsern Beifall und nicht moralisierende Kritik als Ausdruck überheblicher Besserwisserei. Dass man bei der Abwehr kommunistischer Einflüsse längst über das Ziel hinausgeschossen habe, ist eine leichtfertige und durch nichts bewiesene Behauptung. Man erinnere sich doch daran: Gerade in dieser Bundesrepublik war es möglich, dass sich ein Abgesandter der DDR im Vorzimmer des Bundeskanzlers Willi Brandt einnisten konnte, um dort über längere Zeit eine üble und höchst staatsgefährdende Spionagetätigkeit zu betreiben. Als Beispiel von Faschisierungstendenzen in der von Helmut Schmidt geführten Bundesregierung werden etwa die Berufsverbote angeführt. Während in jedem kommunistischen Bereich Berufsverbote mit einer Brutalität ohnegleichen praktiziert werden, setzt die kommunistische Propaganda die Behauptung in die Welt, es gebe in der BRD Berufsverbote. In Wirklichkeit gibt es sie gar nicht, wie das unlängst der sicherlich unverdächtige Deutsche Gewerkschaftsbund eindeutig festgestellt hat. Nur wer auf dem linken Auge völlig blind ist, kann übersehen, dass für die BRD die «Gefahr von links» allein schon deshalb unverhältnismässig viel grösser ist, *weil hinter den dort wirkenden kommunistischen Kräften der aggressive Staat der DDR steht.*

In Wahrheit ist die Bundesrepublik Deutschland unter der Führung von Sozialdemokraten heute die stärkste Stütze der Demokratie in Europa. Unser Mitarbeiter *J. W. Brügel* hat kürzlich im SPÖ-Organ «Zukunft» mit Recht festgestellt: «Sie – die BRD – ist im weltpolitischen Kräftespiel

eine der konsolidiertesten Bastionen der Demokratie, zu der nicht nur die Völker Osteuropas erwartungs- und hoffnungsvoll aufschauen.» Was Wunder, dass den Kommunisten alles daran gelegen ist, diesen Staat schlechtzumachen.

Wie weit die Verwirrung der Geister bis noch vor kurzem gediehen ist, zeigt ein Beitrag des Schriftstellers *Otto F. Walter* in dem liberalen deutschen Wochenblatt «Die Zeit» (Nr. 30 vom 20. Juli 1979). Darnach vermag dieser Mann in der BRD lediglich einen «neuen anonymen Faschismus» zu erblicken. Wörtlich führt Walter unter anderem aus: «Was unser System uns morgen verabreichen wird – ich fürchte, es wird Krieg sein, wenn wir die grossen Macher und Vertreter der Macht, die Schmidt und Carter, die Giscard, Furgler, Honecker mit den Multis zusammen noch lange machen lassen . . .» (!)

Ich kenne keinen unverschämtern Satz. Man hat einige Mühe, hier nur noch politische Naivität und Mangel an Realitätssinn anzunehmen. Wer den erwähnten Beitrag Walters unvoreingenommen liest, muss sich unwillkürlich fragen, ob Orwell vergeblich gelebt hat.

So bleibt die Hoffnung, der Gewaltstreich in Afghanistan gebe auch in den Kreisen um Otto F. Walter Anlass zur Kopfklärung und zur heilsamen Ernüchterung.